

Islamistischer Terrorismus - Hintergründe, Ziele, Akteure



8. Symposium des Thüringer Landesamtes
für Verfassungsschutz am 19. November 2009

Herausgeber

Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz
Haarbergstraße 61
99097 Erfurt

Tel.: 0361/4406-0

Fax: 0361/4406-251

<http://www.verfassungsschutz.thueringen.de>

E-Mail: kontakt@tlfv.thueringen.de

Erfurt 2010

Herstellung:

Druckerei im Bildungszentrum der Thüringer Steuerverwaltung Gotha

Islamistischer Terrorismus – Hintergründe, Ziele, Akteure

Publikation der Vorträge des 8. Symposiums
des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz
am 19. November 2009

Die Beiträge der Gastreferenten bringen die Auffassung der Verfasser
zum Ausdruck.

Inhaltsverzeichnis

Begrüßung Thomas Sippel, Präsident des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz (TLfV)	3
Eröffnung Bernhard Rieder, Ministerialdirigent im Thüringer Innenministerium	9
Dr. Guido Steinberg Militanzdebatten: Jihadistische Organisationen und die Gewaltfrage	14
Hans-Georg Engelke Islamistischer Terrorismus in Deutschland: Hintergründe, Akteure, Ziele – eine Gefährdungseinschätzung des BfV	33
Heiner Wegesin Die aktuelle Bedrohung durch den inter- nationalen islamistischen Terrorismus	52

Thomas Sippel



Begrüßung

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich begrüße Sie zum 8. Symposium des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz im Erfurter Augustinerkloster. Ich freue mich, dass unsere diesjährige Veranstaltung offenkundig auf Ihr Interesse gestoßen ist.

Besonders herzlich begrüße ich den Präsidenten des Thüringer Verfassungsgerichtshofs: Herr Präsident Gräf, seien Sie uns willkommen. Von der dritten Gewalt begrüße ich auch den Präsidenten des Thüringer Oberlandesgerichts, Herrn Stefan Kaufmann.

Ich freue mich, dass Herr Eckehard Kölbel als langjähriger Vorsitzender der Parlamentarischen Kontrollkommission, das Gremium, das die Arbeit des Thüringer Verfassungsschutzes beaufsichtigt, an unserer Veranstaltung teilnimmt. Ebenfalls herzlich begrüße ich den Thüringer Datenschutzbeauftragten, Herrn Harald Stauch, und seine ihn begleitenden Mitarbeiter.

Als Vertreter der Kirchen und Religionsgemeinschaften heiße ich den Vorsitzenden der Jüdischen Landesgemeinde, Herrn Nossen, und den Beauftragten der evangelischen Kirche, Herrn Dr. Seidel, herzlich willkommen.

Vom Generalkonsulat der Vereinigten Staaten in Leipzig begrüße ich den Verantwortlichen der Abteilung Wirtschaft und Politik, Herrn Dr. Fürst. Schön, dass Sie zu unserer Veranstaltung gekommen sind.

Bei der Aufklärung des islamistischen Terrorismus arbeiten wir eng mit anderen Nachrichtendiensten zusammen. Stellvertretend für die anwesenden Mitarbeiter der Verfassungsschutzbehörden, des Bundesnachrichtendienstes und des Militärischen Abschirmdienstes begrüße ich meine Amtskollegen aus Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein, Herrn Limburg und Herrn Albrecht, sehr herzlich.

Ebenso begrüße ich die Vertreter der Polizeien des Bundes und der Länder, mit denen wir ebenfalls eng zusammenarbeiten: stellvertretend meinen Amtskollegen vom Thüringer Landeskriminalamt, Herrn Jakstat, und Herrn Präsident Mozdzyński von der Bundespolizeidirektion Pirna.

Die Bundeswehr leistet durch Ihre Auslandseinsätze einen ganz wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus. Ich freue mich daher, den Kommandeur des Landeskommandos Thüringen, Herr Oberst Hofeditz, begrüßen zu können.

Auch die öffentliche Verwaltung im Übrigen, die Ausländerbehörden, die Ordnungsämter, die Einbürgerungsbehörden und andere Einrichtungen tragen durch ihr Verwaltungshandeln zur Gewährleistung von Sicherheit bei. Stellvertretend für die teilnehmenden Mitarbeiter

dieser Verwaltungszweige begrüße ich den Präsidenten des Thüringer Landesverwaltungsamts, Herrn Peter Stephan.

Meine Damen und Herren, leider kann ich Sie nicht alle persönlich begrüßen – es würde den zeitlichen Rahmen dieser Veranstaltung sprengen. Ich freue mich über ihr Kommen. Seien Sie alle – Vertreter aus Presse, Politik Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden – herzlich willkommen.

Mit unseren jährlichen Symposien wollen wir den Blick auf ausgewählte Arbeitsfelder des Verfassungsschutzes lenken. Bei der diesjährigen Veranstaltung zum Thema „Islamistischer Terrorismus – Hintergründe, Ziele, Akteure“ – tritt der aktuelle Bezug besonders hervor. Nahezu täglich berichten die Medien über terroristische Anschläge – vornehmlich aus Afghanistan und Pakistan. Ziele dieser Anschläge sind vor allem Angehörige und Einrichtungen der in Afghanistan stationierten Streitkräfte oder staatliche Einrichtungen in Pakistan und Afghanistan. Ungezählt sind die Opfer unter der dort lebenden muslimischen Bevölkerung.

Doch auch Europa ist von islamistischen Terrorakten nicht verschont geblieben. Und selbst Deutschland ist längst nicht mehr nur Rückzugs- und Vorbereitungsraum für islamistische Terroristen, sondern auch konkreter Zielort für Anschläge. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang beispielhaft an die Vereitelung der von der sog. Sauerlandgruppe geplanten Anschläge im September 2007 sowie an

die versuchten Kofferbombenattentate im Jahr 2006. War es in dem einen Fall vor allem der soliden Arbeit der Sicherheitsbehörden und dem entscheidenden Tipp eines ausländischen Partnerdienstes zu verdanken, dass es nicht zur Tatausführung kam, war es im anderen Fall schieres Glück, dass die bereits in den Nahverkehrszügen deponierten Sprengkörper nicht detonierten.

Die Bedrohung Deutschlands durch islamistische Terroristen hält unvermindert an: Zu ca. 185 Personen mit Deutschlandbezug und islamistisch-terroristischem Hintergrund liegen den Sicherheitsbehörden Informationen über eine stattgefundene oder geplante paramilitärische Ausbildung vor. Elf Drohbotschaften, von al Qa'ida und anderen terroristischen Gruppierungen in engem zeitlichen Umfeld der zurückliegenden Bundestagswahlen veröffentlicht, weisen Bezüge nach Deutschland auf. Ausdrücklich wird in einem Video vom 18. September mit einem Anschlag in Deutschland gedroht, sollte die deutsche Bevölkerung eine Wahlentscheidung treffen, die nicht zu einem Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan führt. Mit Blick auf die am 13. Dezember beim Deutschen Bundestag anstehende Entscheidung über die Mandatsverlängerung der Bundeswehr in Afghanistan ist diese Drohung nach wie vor sehr ernst zu nehmen.

Meine Damen und Herren,
die Bedrohungslage darf uns nicht den Blick darauf verstellen, dass islamische Terroristen ihre eigene Religion missbrauchen, indem sie ihr einen Begründungszusammenhang für ihre menschenverachtende Ideologie entnehmen.

Die weit überwiegende Anzahl der hier lebenden Muslime ist aber gesetzestreu und lehnt terroristische Gewalt ab. Wir müssen Acht geben, dass die islamistische Bedrohung nicht zum Nährboden für Fremdenfeindlichkeit wird. Nur zu gern versuchen Rechtsextremisten diffuse Ängste in der Bevölkerung für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Die Veranstaltung von Mahnwachen durch die NPD vor Thüringer Moscheen im Juli dieses Jahres ist hierfür beredtes Beispiel. Auch diesen Bestrebungen gilt es entgegenzuwirken – nicht allein mit rechtlichen Mitteln sondern vor allem durch Aufklärung und Information.

Und genau hierfür möchte das diesjährige Symposium einen Beitrag leisten.

Hinsichtlich des Ablaufs der Veranstaltung möchte ich auf zwei Änderungen hinweisen: Der erst vor wenigen Tagen ernannte neue Innenminister, Herr Prof. Dr. Huber, kann entgegen seiner ursprünglichen Absicht leider nicht teilnehmen. In seiner Vertretung begrüße ich Herrn Ministerialdirigent Bernhard Rieder, Leiter der Abteilung Staats- und Verwaltungsrecht im Thüringer Innenministerium. Vielen Dank, Herr Rieder, für Ihr Kommen.

Für die Moderation begrüße ich anstelle von Frau Daniela Kuntze Herrn Hermann Bernd. Herr Bernd hat über viele Jahre das ZDF-Landesstudio Thüringen geleitet und arbeitet heute als Redaktionsleiter in der Mainzer Zentrale des ZDF. Vielen Dank, lieber Hermann Bernd, dass Du so kurzfristig eingesprungen bist.

Zur Veranstaltung eingeladen sind die Referenten:

Herr Dr. Guido Steinberg von der Stiftung Wissenschaft und Politik. Herr Hans-Georg Engelke, Abteilungsleiter Islamistischer Terrorismus im Bundesamt für Verfassungsschutz und Herr Heiner Wegesin, Abteilungsleiter Internationaler Terrorismus beim Bundesnachrichtendienst.

Herr Bernd wird die Referenten im Einzelnen noch vorstellen. Alle drei sind ausgewiesene Fachleute auf ihrem Gebiet. Wir freuen uns, dass wir Sie für die Veranstaltung haben gewinnen können, und ich danke Ihnen bereits vorab für Ihre Mitwirkung.

Wir dürfen nun gespannt sein auf die kommenden Vorträge und die anschließende Diskussion.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich übergebe nun das Wort an Herrn Rieder.

Bernhard Rieder



Eröffnung

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren,

Herrn Minister Prof. Dr. Huber ist es auf Grund seiner Teilnahme an der heutigen Plenarsitzung nicht möglich, an dieser – mittlerweile traditionellen – Veranstaltung des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz teilzunehmen. Er bedauert dies sehr und hat mich gebeten, zur Eröffnung an seiner statt einige Worte an Sie zu richten.

Dies will ich gerne tun.

Nachdem im letzten Jahr „Rechtsextremisten in Parlamenten und politischen Gremien“ thematisiert wurden, lautet der Titel des inzwischen 8. Fachsymposiums „Islamistischer Terrorismus – Hintergründe, Ziele, Akteure“. Es ist mir an dieser Stelle sehr wichtig, den Beiträgen der Referenten des heutigen Tages und der sich anschließenden, fachlichen Auseinandersetzung eines voranzustellen: In Deutschland leben ca. 3,5 Millionen Menschen muslimischen Glaubens. Die Verfassungsschutzbehörden schätzen, dass lediglich etwa 1 % dieser Bevölkerungsgruppe islamistischen Organisationen zuzuordnen ist. Diese Schätzung kann auch auf den Freistaat Thüringen übertragen werden. Es kann also kein Zweifel daran bestehen, dass die weit überwiegende

Mehrheit der Muslime in Deutschland ihren Glauben friedlich und im Einklang mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung lebt. Dies ist in jedem Einzelfall ein Prozess, der gegenseitigen Respekt und Toleranz voraussetzt. Dabei wird insbesondere zugewanderten Bürgern die Bereitschaft zur Anpassung abverlangt. Aber auch die hier lebende Bevölkerung ist aufgerufen, in Deutschland lebende Muslime als gleichberechtigten gesellschaftlichen Teil anzuerkennen. Zu einem nicht unerheblichen Teil ist dieser Prozess gelungen. Muslime haben sich fest in das gesellschaftliche Leben integriert und in vielen Fällen sogar über mehrere Generationen hinweg in Deutschland verwurzelt.

Dennoch – und damit komme ich zur Notwendigkeit des heute zu führenden Gedankenaustauschs – geben die aktuellen Entwicklungen auf dem Gebiet des islamistischen Terrorismus sowohl den Sicherheitsbehörden als den Bürgern Anlass zur Sorge. Nicht erst seit den Anschlägen von Madrid im Jahr 2004 und London im Jahr 2005 weisen die Sicherheitsbehörden darauf hin, dass auch Deutschland der abstrakten Gefahr ausgesetzt ist, Ziel islamistisch motivierter Terrorakte zu werden. Wie real und unmittelbar diese Gefahr sein kann, wurde uns durch den gescheiterten Anschlag der „Kofferbomber“ von Köln im Jahr 2006 vor Augen geführt. Die verhinderten Anschläge der „Sauerlandzelle“ im Jahr 2007 bilden ein weiteres Beispiel. Im zeitlichen Zusammenhang mit den jüngsten Bundestagswahlen hat sich die abstrakte Gefährdungslage weiter verschärft. Dies gilt unverändert. Deutschland ist zwar bislang von terroristischen Anschlägen verschont geblieben. Hierin ein Indiz dafür zu sehen, dass das auch in Zukunft so

bleiben wird, wäre jedoch sehr naiv. Die gegen Deutschland gerichteten Drohvideos, die seit dem 18. September 2009 ins Internet eingestellt wurden und den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zum Anlass jihadistischer Propaganda nahmen, lassen keinen Zweifel an der Gegenwartigkeit der Gefahr, die vom islamistischen Terrorismus ausgeht. Sei sie auch nur abstrakt.

Dass Deutschland in den Focus islamistischer Fanatiker gerückt ist, belegen nicht nur die bereits angesprochenen Drohvideos. Ihre Botschaften lassen sich nicht auf den zeitlichen Bezug zur Bundestagswahl beschränken. Eine große Gefahr ist auch in der Tatsache zu sehen, dass es in Deutschland ein Personenpotenzial gibt, welches nach entsprechender Rekrutierung und Radikalisierung durch islamistische Fanatiker willens und auch in der Lage sein könnte, terroristische Anschläge – eben auch in Deutschland – zu verüben. Aus den von Sicherheitsbehörden etwa zunehmend festgestellten Reisebewegungen potentieller Täter ist zu schließen, dass islamistische Fundamentalisten, die aus Deutschland stammen oder dort aufgewachsen sind, mittlerweile in terroristischen Ausbildungslagern im Ausland geschult werden. Dort kommt es zu einer verstärkten Identifizierung mit islamistischen Zielsetzungen verbunden mit einer zunehmenden Anbindung an islamistische Strukturen. Damit wird der Nährboden für die Begehung möglicher terroristischer Anschläge in Deutschland bereitet.

Um den islamistischen Terrorismus wirksam bekämpfen zu können, ist eine enge, zielorientierte und vertrauensvolle

Zusammenarbeit aller Sicherheitsbehörden erforderlich. Diese findet bereits statt. Informationen einzelner Behörden bilden nur den Ausschnitt eines Bildes. Erst zusammengeführt und analysiert wird das ganze Bild sichtbar, das für die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus unverzichtbar ist. Mit einem ersten umfassenden Schritt zur Optimierung des Zusammenwirkens wurde im Dezember 2004 das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum des Bundes und der Länder in Berlin – das GTAZ – eingerichtet. Dort werden alle aufkommenden Informationen zentral zusammengeführt und bewertet. Die Experten für Terrorismusabwehr sind damit an einem Ort konzentriert. Dem GTAZ folgten – sowohl im Bund als auch in den Ländern – zahlreiche weitere Maßnahmen, die im Besonderen die Kommunikation unter den Sicherheitsbehörden verbessert haben.

Neben der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden ist es aber auch unabdingbare Voraussetzung, sich intensiv mit dem Islamismus auseinanderzusetzen. Diese Auseinandersetzung hat ihren Ansatz zunächst darin, dass es sich beim Islamismus um eine politisch instrumentalisierte Auslegung des Islam handelt. Islamisten fordern im Namen des Islam eine Gesellschaftsordnung, die der freiheitlichen demokratischen Grundordnung völlig entgegengesetzt ist. Sie berufen sie sich auf den Koran und die Sunna¹, die ihrer Ansicht nach uneingeschränkte Gültigkeit besitzen und ihren Forderungen somit einen Absolutheitsanspruch verleihen.

¹ Die in den Hadith-Sammlungen überlieferten Aussprüche, Entscheidungen und Verhaltensweisen des Religionsstifters Mohammed; sie gelten neben dem Koran als Hauptquelle für die Glaubens- und Pflichtenlehre des Islam.

Jihadisten gehen noch weiter, sie interpretieren die im Koran enthaltene Aufforderung zum heiligen Krieg als Rechtfertigung und Verpflichtung, ihre politischen Ziele auch mit Gewalt durchzusetzen. Die jihadistischen Bewegungen grenzen sich dabei deutlich von islamischen und gemäßigeren islamistischen Gruppen ab, die diese Gewaltbereitschaft nicht teilen. Der Kampf der Jihadisten lässt sich kaum geographisch eingrenzen. Wo immer islamistische Propaganda auf soziale oder politische Missstände trifft, können jihadistische Organisationen entstehen, deren Anhänger schließlich bereit sind, für ihre Überzeugung in den Tod zu gehen.

Es ist an dieser Stelle sicher nicht notwendig, die Problematik noch enger zu umreißen. Ihnen allen ist bewusst, dass die Bekämpfung des islamistischen Terrors für Deutschland eine fortwährende Herausforderung besonderer Tragweite darstellt. Zur erforderlichen und geforderten Auseinandersetzung mit diesem Phänomen bieten die Referenten der heutigen Veranstaltung mit ihren Beiträgen eine gute Gelegenheit. Ihnen bleibt es vorbehalten, eine weitergehende fachliche Diskussion anzustoßen.

Meine eigenen Ausführungen möchte ich an dieser Stelle beenden. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, wünsche der Veranstaltung einen guten Verlauf und freue mich nun auf die anstehenden Beiträge.

Dr. Guido Steinberg

Militanzdebatten: Jihadistische Organisationen und die Gewaltfrage



Meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch bald neun Jahre nach dem 11. September ist das Problem des islamistischen Terrorismus nicht gelöst. Dies ist erstaunlich, da die al-Qaida Usama Bin Ladens auch zu ihren Hochzeiten nie mehr als wenige Tausend Gefolgsleute hatte und seit 2001 einem immensen Verfolgungsdruck durch die USA und deren Verbündete ausgesetzt ist. Die Gründe für dieses offenkundige Scheitern der westlichen Terrorismusbekämpfung sind vielfältig: Der wohl folgenschwerste Fehler war der Irak-Krieg 2003, in dessen Folge die jihadistische Bewegung Tausende neue Rekruten vor allem aus der arabischen Welt gewann. Hinzu kamen weitere schwerwiegende Fehler, wie beispielsweise der Abzug von Spezialkräften und Geheimdienstpersonal aus Afghanistan und Pakistan ab 2002, was al-Qaida erlaubte, in den darauffolgenden Jahren gemeinsam mit den Taliban wieder zu erstarken. Zahlreiche Überreaktionen westlicher Regierungen erleichterten den Jihadisten immer wieder die Rekrutierung junger Muslime in aller Welt. Zu diesen Überreaktionen – für die in erster Linie die USA verantwortlich waren – gehörten die Einrichtung des Gefangenenlagers Guantanamo auf Kuba, die schweren Misshandlungen und Folterungen von Terrorverdächtigen

in den Gefängnissen von Abu Ghraib (bei Bagdad) und Bagram (bei Kabul) und ihre Verschleppung in Geheimgefängnisse in aller Welt.

Die Schwächen der westlichen Terrorismusbekämpfung gehen darüber hinaus jedoch auf ein fehlendes Verständnis des Gegners und die Vielfältigkeit nicht nur seiner Organisationsformen, sondern auch seiner Ideologie und Strategie zurück. Dieses Problem spiegelt sich häufig schon in einer ungenauen Terminologie wider. Allzu oft ist bis heute von „al-Qaida“ die Rede, wenn doch eigentlich die jihadistische Bewegung insgesamt gemeint ist. Auch Bezeichnungen wie „Krieg gegen den Terror“ verdecken, dass die USA und ihre Verbündeten es mit einem sehr facettenreichen Gegner zu tun haben. Besonderer Beliebtheit erfreut sich in den letzten Jahren der Begriff „radikaler Islam“, unter dem dann eben nicht mehr nur die (sunnitischen) Jihadisten, sondern alle antiwestlichen Islamisten von Usama Bin Laden bis hin zum iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinejad zusammengefasst werden, ganz gleich wie groß die ideologischen und politischen Unterschiede zwischen ihnen sind. Bei solchen konzeptionellen Mängeln ist es kein Wunder, dass auch die Bekämpfung der Jihadisten häufig nicht zielgerichtet ausfällt.

Statt mit einem monolithischen Block antiwestlicher militanter Gruppierungen haben wir es bei der jihadistischen Bewegung mit einem nur sehr lose verbundenen Phänomen zu tun, das seit seiner Entstehung in den 1970er Jahren viele verschiedene Gruppen umfasst, die deutliche ideologische Differenzen aufweisen. Zwar hat es innerhalb

dieser Bewegung mehrfach Zentralisierungsprozesse gegeben, wie beispielsweise zwischen 1998 und 2001, als al-Qaida in ihrem afghanischen Refugium schnell zur bedeutendsten Organisation wurde. Unter veränderten Vorzeichen ist auch heute eine Art ideologischer Zentralisierungs- oder besser Homogenisierungsprozess im Gang, in dessen Folge der Internationalismus der al-Qaida an Attraktivität gewinnt. Aufgrund der Schwäche der al-Qaida Usama Bin Ladens schlägt sich diese „Zentralisierung“ jedoch nicht organisatorisch nieder.

Im Verlauf der letzten Jahrzehnte hat es jedoch immer wieder auch gegenläufige Entwicklungen gegeben, durch die die Gesamtbewegung an Diversität gewann. Dies galt beispielsweise für die ersten Jahre nach 2001, als al-Qaida damit beschäftigt war, ihr eigenes Überleben zu sichern, und Konkurrenten wie der Jordanier Abu Musab az-Zarqawi eigene schlagkräftige Organisationen aufbauten.

Die ideologische und strategische Uneinigkeit der jihadistischen Bewegung ist ihre große Schwäche. Es wäre nur logisch, man isolierte – zunächst einmal intellektuell – die einzelnen Bestandteile der Bewegung voneinander und bekämpfte sie mit jeweils dem Einzelfall angepassten Mitteln. Stattdessen neigt westliche Politik dazu, die Komplexität des Phänomens zu reduzieren und – in unmittelbarer Folge – eine oft gnadenlose Kampagne gegen alle Gewalttäter, aber auch ihre Unterstützer und allzu häufig auch gegen ihre Sympathisanten zu führen. Diese Politik hat viele junge Muslime in die Arme der Jihadisten getrieben.

Um die Jihadisten effektiver zu bekämpfen, muss – immer mit Blick auf die jeweiligen Ideologien, die Absichten und Strategien einzelner Gruppen – gezielter vorgegangen werden. Grundlage einer solchen gezielten Bekämpfung sollte eine Typologie jihadistischer Gruppierungen sein.

2. Eine Typologie jihadistischer Gruppen

Man kann heute zwischen drei Hauptströmungen des Jihadismus unterscheiden: den nationalistischen Revolutionären, den klassischen Internationalisten und den globalen Jihadisten.

2.1. Nationalistische Revolutionäre

Die nationalistischen Revolutionäre bildeten von den 1970er Jahren bis Mitte der 1990er Jahre die wichtigste Strömung in der jihadistischen Bewegung. Sie kämpften in erster Linie gegen den „nahen Feind“, das heißt gegen die Regime in ihren jeweiligen Heimatstaaten. Den Kampf gegen den „fernen Feind“, also gegen die USA, Israel oder auch andere westliche Staaten, hielten sie gegenüber der nationalen Revolution für zweitrangig.

Die Pioniere des Kampfes gegen den „nahen Feind“ in der arabischen Welt waren die Ägypter der Jihad-Organisation (Tanzim al-Jihad) und der Islamischen Gruppe (al-Jamaa al-Islamiya), die seit den 1970er Jahren mit Waffengewalt versuchten, die Macht in ihrem Heimatland zu übernehmen.

Ihr Vordenker war Muhammad Abdassalam Faraj (1952-1982), der in seinem bis heute einflussreichen Werk „Die vergessene Glaubenspflicht“ die theoretische Grundlage für den Kampf der nationalistischen Revolutionäre legte. Faraj gehörte derjenigen Gruppierung an, die im Oktober 1981 den ägyptischen Präsidenten Anwar as-Sadat ermordete. Der geplante Staatsstreich misslang jedoch, und die ägyptischen Jihadisten sahen sich einer bis dahin beispiellosen Repressionswelle ausgesetzt. Viele verließen Ägypten und versuchten, sich in den 1980er Jahren in Pakistan und Afghanistan und anschließend im Sudan zu reorganisieren. Trotz ihrer Zusammenarbeit mit stärker internationalistisch gesinnten Gruppierungen und Persönlichkeiten gaben die Ägypter jedoch ihre ursprüngliche Orientierung nicht auf. Ihre Bemühungen galten ausschließlich der Vorbereitung und Unterstützung des bewaffneten Kampfes im eigenen Land.

Ein Umdenken setzte erst Mitte der 1990er Jahre ein. Damals zeichnete sich ab, dass ein von der Islamischen Gruppe getragener Aufstand in Ägypten (1992-1997) gescheitert war. Ein Teil der jihadistischen Bewegung im Land am Nil gab daraufhin den bewaffneten Kampf auf. Ein anderer Teil änderte die Strategie und bekämpfte nun gemeinsam mit Usama Bin Laden und seiner al-Qaida den „fernen Feind“, in erster Linie die USA. Trotz dieser Strategieänderung blieb das ursprüngliche Ziel bestehen: Der wichtigste Unterstützer des Regimes des ägyptischen Präsidenten Mubarak sollte zum Rückzug aus der Region gezwungen und so der Weg für einen erneuten Aufstand in Ägypten freigemacht werden.

Man könnte argumentieren, dass Mitte der 1990er Jahre die Phase endete, in der nationalistische Strategien dominierten. Bis heute jedoch wollen viele Jihadisten die Regime ihrer Heimatländer stürzen. Dies gilt selbst für al-Qaida, bei der dieses Ziel neben beispielsweise dem Rückzug der USA aus der islamischen Welt und der Zerstörung Israels eine wichtige Rolle spielt. Noch deutlicher wird die auch nach Mitte der 1990er Jahre anhaltende Attraktivität nationalistischer Denkmuster am Beispiel der Libyschen Islamischen Kämpfenden Gruppe (LIFG) und der algerischen Salafistischen Gruppe für Predigt und Kampf (GSPC), die bis weit in das neue Jahrtausend hinein ausschließlich auf den Sturz ihres jeweiligen Heimatregimes hinarbeiteten.

Insbesondere der Fall der GSPC zeigt die Schwächen westlicher Bekämpfungsmaßnahmen deutlich auf. Die 1998 gegründete Organisation begann erst Internationalisierungstendenzen aufzuweisen, als die US-Regierung und ihre europäischen Verbündeten ab 2003 den algerischen Staat in seinem Kampf gegen die Islamisten intensiver als bis dato unterstützten. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Entführung mehrheitlich aus Deutschland, der Schweiz und Österreich stammender Touristen in der algerischen Sahara im Februar und März 2003. Die Bush-Administration machte damals Algerien als möglichen nordafrikanischen Brückenkopf für al-Qaida und die GSPC als Verbündeten der Terrorgruppe aus. Es war jedoch erst die Intervention der USA in Algerien, die damals einen Internationalisierungsschub bewirkte. Die GSPC näherte sich ab 2003 der al-Qaida Usama Bin Ladens und auch

der Zarqawi-Organisation an. Im Januar 2007 schließlich schloss sie sich endgültig al-Qaida an und nannte sich fortan al-Qaida im Islamischen Maghreb. In der Folgezeit rekrutierte die Organisation dann auch mehr Nichtalgerier aus den nordafrikanischen Nachbarstaaten und verübte Anschläge auf internationale Ziele in Algerien. Die USA und ihre Verbündeten schufen sich hier ohne Not einen neuen Feind: Die GSPC war nie eine ernsthafte Bedrohung für die Stabilität des algerischen Staates. Erst die intensivierte Zusammenarbeit zwischen den USA, Europa und dem Regime in Algier trieb die algerischen Jihadisten in die Arme der al-Qaida.

2.2. Klassische Internationalisten

Die klassischen Internationalisten sind diejenigen Jihadisten, die nur den Kampf in von Nichtmuslimen besetztem muslimischem Territorium zulassen. Sie beziehen sich dabei auf einen Grundsatz des klassischen islamischen Kriegsrechts, nach dem ein Gebiet, das einmal muslimisch war, dann aber wieder von Nichtmuslimen erobert wurde, in einem Jihad befreit werden müsse. Dieses Motiv für den bewaffneten Kampf ist aufgrund seiner Verankerung im islamischen Kriegsrecht auch heute noch besonders wirkmächtig und erleichtert jihadistischen Gruppierungen die Rekrutierung junger Muslime für den Kampf im Irak, in Afghanistan oder in Tschetschenien. Auch Palästina, Kaschmir, Ost-Timor, Teile der Philippinen, Bosnien und selbst die Iberische Halbinsel gelten den klassischen Internationalisten als Territorien, die zurückgewonnen werden müssen.

Diese klassisch-internationalistische Strömung entstand während des Afghanistankrieges in den 1980er Jahren. Ihr wichtigster Vertreter war der Palästinenser Abdallah Azzam (1941-1989), der seine Theorien zu diesem Thema in mehreren bis heute äußerst populären Werken ausformulierte. Sein einflussreichstes Buch in diesem Zusammenhang ist „Die Verteidigung der muslimischen Territorien ist die wichtigste individuelle Glaubenspflicht“. Seine Lehren hatten aber insofern auch eine nationalistische Dimension, als er immer wieder betonte, dass es ihm besonders um die „Befreiung“ Palästinas von israelischer Herrschaft ging. Der Internationalismus Azzams diente am Ende also auch den durchaus nationalistischen Zielen Azzams.

In den letzten Jahren des Kampfes in Afghanistan führten die Debatten zwischen Nationalisten und klassischen Internationalisten zu heftigen Konflikten unter den „arabischen Afghanen“. Besonders ausgeprägt war die Auseinandersetzung zwischen den Ägyptern der Jihad-Organisation einerseits und Abdallah Azzam und seinen Anhängern andererseits. Bis heute hält sich deshalb das Gerücht, dass Aiman az-Zawahiri und seine Gefolgsleute für die Ermordung Azzams in Peschawar im November 1989 verantwortlich waren. Obwohl es keine gesicherten Hinweise auf die Täter gibt, erscheint diese Hypothese vor dem Hintergrund der genannten Debatten und der Schärfe der Auseinandersetzung durchaus plausibel.

Der klassische Internationalismus hat auch nach dem Ende des Afghanistankrieges nichts von seiner früheren Attraktivität verloren. Dies zeigte sich insbesondere nach der

amerikanischen Invasion im Irak 2003. Viele junge Araber folgten damals dem Aufruf zum Kampf gegen die USA, weil diese nicht nur muslimisches Territorium, sondern darüber hinaus noch ein Kernland der arabischen Welt besetzt hatten. Die klassischen Internationalisten profitierten davon, dass viele derjenigen sunnitischen Gelehrten, die al-Qaida eigentlich ablehnten, durchaus zum Jihad im Irak aufriefen. Die klassischen Internationalisten unter den Freiwilligen schlossen sich dann auch häufig national-islamistischen irakischen Gruppierungen wie der Islamischen Armee im Irak und den Bataillonen der 1920er Revolution und nicht der lokalen al-Qaida an.

Seit 2007 gewann insbesondere der bewaffnete Kampf in Somalia an Bedeutung für die klassischen Internationalisten. Der Grund war die äthiopische Invasion des Landes im Dezember 2006. Nachdem die islamistische Union der Islamischen Gerichtshöfe die Kontrolle über die Hauptstadt Mogadischu und weite Teile des Landes übernommen hatte, entsandte das Nachbarland mit Unterstützung der USA Truppen. Da hier wiederum muslimisches Territorium von einem christlichen Staat besetzt wurde, wuchs die Zahl der ausländischen Freiwilligen sofort an. Insbesondere aus den USA und aus Großbritannien reisten junge Angehörige der dortigen somalischen Diaspora nach Somalia, um sich dort den Jihadisten anzuschließen.

In Europa variiert die Attraktivität einzelner Kriegsschauplätze je nach Land. In der pakistanischen Diaspora in Großbritannien beispielsweise ist der Jihad in Kaschmir enorm populär. In Deutschland zieht es junge Jihadisten

immer wieder nach Tschetschenien. Dies galt bereits für die späteren Piloten des 11. September, die zunächst beabsichtigt hatten, sich den tschetschenischen Kämpfern gegen die Russen anzuschließen, bevor ihnen aufgrund mangelnder militärischer Ausbildung der Besuch von Trainingslagern in Afghanistan anempfohlen wurde. In den Jahren 2002 und 2003 starben drei Jihadisten aus Deutschland bei Kämpfen im Nordkaukasus. Auch die Angehörigen der sog. Sauerlandzelle wollten zunächst nach Tschetschenien, bevor sie für die Ausbildung bei der Islamischen Jihad Union rekrutiert wurden.

2.3. Globale oder Internationalistische Jihadisten

Die globalen Jihadisten vereinen nationalistische, klassisch-internationalistische und zusätzlich modernere internationalistische Motive. Sie bekämpfen sowohl „nahe“ als auch „ferne Feinde“ und wirken oft auf denselben Konfliktfeldern wie die klassischen Internationalisten, sodass die Unterscheidung zwischen den beiden Gruppierungen häufig schwerfällt.

Der Aufstieg der neuen Internationalisten in der jihadistischen Bewegung begann Mitte der 1990er Jahre. Damals schlossen sich die ägyptischen Gefolgsleute Aiman az-Zawahiris und die Anhänger Usama Bin Ladens von der Arabischen Halbinsel zur al-Qaida zusammen. Saudi-Araber waren schon in den 1980er Jahren in Afghanistan stark vertreten und argumentierten bereits damals häufig internationalistischer als ihre Kampfgefährten aus anderen arabischen Ländern. Das Epochendatum ihrer Radikalisierung

war das Jahr 1990/91, als amerikanische Truppen zu Hunderttausenden in Saudi-Arabien aufmarschierten, um das von Saddam Husseins Militär besetzte Emirat Kuwait zu befreien. Sie protestierten gegen die amerikanische Präsenz und entwickelten einen stark ausgeprägten Anti-Amerikanismus, der auch die al-Qaida prägte.

Die Geburtsstunde des globalen Jihadismus war jedoch der Moment, in dem die bisher stark nationalistisch geprägten Ägypter der Jihad-Organisation ihre Strategie revidierten. In Ägypten wurde im Verlaufe des Aufstandes der Islamisten bereits 1995 deutlich, dass sie nicht in der Lage sein würden, das Regime des ägyptischen Präsidenten Mubarak zu stürzen. Unter der Führung Aiman az-Zawahiris zog ein Flügel der Jihad-Organisation die Schlussfolgerung, dass von nun an der „ferne Feind“, das heißt die USA, bekämpft werden müssten. Gäben die USA ihre Unterstützung für das ägyptische und andere Regime der arabischen Welt auf, so die Argumentation Zawahiris, würden diese so sehr geschwächt, dass der bewaffnete Kampf in der Region wieder aufgenommen werden könnte.

Das Bündnis der neuen Internationalisten wurde im Februar 1998 mit der mittlerweile weltbekannten Erklärung der „Islamischen Weltfront zum Jihad gegen die Juden und Kreuzzügler“ besiegelt. Im August 1998 folgten verheerende Anschläge auf die amerikanischen Botschaften in Nairobi und Tansania. Al-Qaida gewann seit damals große Attraktivität für Rekruten aus allen Teilen der arabischen und westlichen Welt und wurde schnell die populärste Organisation innerhalb der jihadistischen Bewegung. Es

setzte ein Zentralisierungsprozess ein, der bis zum Herbst 2001 andauerte, als die al-Qaida ihre Rückzugsbasis in Afghanistan verlor.

Es gelang der Organisation nach 2001, ihre eigene Schwäche zu überdecken, da sich ihr mehrere eher nationalistisch ausgerichtete Gruppierungen anschlossen. Sowohl al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel, al-Qaida in Mesopotamien als auch al-Qaida im Islamischen Maghreb hofften, durch die Umbenennung und den häufig eher theoretischen Anschluss an die „Mutterorganisation“ vor allem Zugriff auf internationalistisch gesinnte Rekruten und Geld aus der Golfregion zu bekommen. Die Namensgebung überdeckte dabei häufig nur notdürftig die teils dramatischen Debatten über das Ausmaß und die legitimen Ziele jihadistischer Gewalt. Die wohl gravierendste Auseinandersetzung betraf im Jahr 2005 die antischiitische Strategie der von Abu Musab az-Zarqawi angeführten al-Qaida im Irak. Die globalen Jihadisten sind bis heute in verschiedene Lager gespalten, die sie anfällig für weitere Zersplitterungen und interne Grabenkämpfe machen.

3. Eine neue Strategie für westliche Terrorismusbekämpfung

Die Spaltung der jihadistischen Bewegung in zumindest drei nicht nur analytisch unterscheidbare Strömungen erfordert jeweils angepasste Bekämpfungsweisen. Im Fall der nationalistischen Revolutionäre gilt es zu verhindern,

dass sie ihr Zielspektrum auf den „fernen Feind“ ausweiten. Außerdem ist es geboten, die Konfliktursachen in ihren jeweiligen Heimatländern zu entschärfen. Um zweitens die Aktionsmöglichkeiten der klassischen Internationalisten einzugrenzen, sollten möglichst viele Regionalkonflikte gelöst und ausländische Truppen gegebenenfalls abgezogen werden. Dies gilt für den israelisch-palästinensischen Konflikt ebenso wie für den in Tschetschenien, in Kaschmir und den Afghanistankrieg. Die globalen Jihadisten müssen in erster Linie effektiver als bisher bekämpft werden. Hierzu gehören allerdings nicht nur entschlossene repressive Maßnahmen, sondern auch solche, die verhindern, dass sich die Sympathisanten und Unterstützer der Terroristen radikalisieren.

3.1. Die Internationalisierung nationalistischer Aufstände verhindern

Die Fehler der USA und ihrer Verbündeten in der Bekämpfung der nationalistischen Revolutionäre liegen auf der Hand. Insbesondere der Fall der algerischen GSPC zeigt, dass die Zusammenarbeit der USA oder ihrer Verbündeten mit dem jeweiligen „nahen Feind“ der Jihadisten eine Internationalisierung von Ideologie und Strategie einzelner Gruppen provoziert. Eine solche Zusammenarbeit kann durchaus zielführend sein, wenn die Stabilität eines Staates auf dem Spiel steht oder der Sturz eines Regimes durch Islamisten unabsehbare Folgen für das Land und die Region nach sich ziehen könnte. In den meisten Fällen jedoch haben westliche Regierungen seit 2001 ihre Zusammenarbeiten auch mit denjenigen Staaten intensiviert, für die

keinerlei Gefahr besteht. Die GSPC beispielsweise stellte nie eine Gefährdung für die Stabilität des algerischen Staates dar.

Hinzu kommt, dass autoritäre Regime weniger ein Teil der Lösung als vielmehr des Problems sind. Die häufig brutale Repression islamistischer Oppositionsgruppen hat in vielen Ländern mit dazu beigetragen, dass die Islamisten sich radikalisierten, vor der Verfolgung im Heimatland flüchteten und anschließend im Exil reorganisierten. Der ägyptische und der saudiarabische Fall sind wichtige Beispiele für dieses Phänomen.

Diese Beobachtungen sollten auch die heutige Terrorismusbekämpfung anleiten: So würden die USA und ihre Verbündeten gut daran tun, nicht in jeden innenpolitischen Konflikt in der arabischen Welt zu intervenieren, nur weil der jeweilige Gegner des Regimes ideologisch zur jihadistischen Bewegung gehört. Wie im Falle Algeriens ist es meist vorzuziehen, der lokalen Regierung die Bekämpfung zu überlassen, um eine anschließende Internationalisierung nicht unnötig zu provozieren. Bisher haben alle Regionalstaaten ihre lokalen Terrorismusprobleme in den Griff bekommen und es zeichnet sich nicht ab, dass al-Qaida oder andere Gruppen Regime in der islamischen Welt stürzen könnten.

Wenn aber der Autoritarismus in der arabischen Welt eine wichtige Ursache des islamistischen Terrorismus ist und der Westen zum Ziel wird, weil er mit autoritären Regimen kooperiert, müssen die USA und ihre Verbündeten ihre

Politik ändern. Politische Reformen in der arabischen Welt werden so zu einem wichtigen Instrument einer nachhaltigen – weil an den Ursachen orientierten – Terrorismusbekämpfung.

3.2. Regionalkonflikte lösen

Um klassischen Internationalisten Handlungsspielräume zu nehmen, muss westliche Politik mehr dazu beitragen, die zahlreichen Regionalkonflikte in der islamischen Welt zu entschärfen. Der israelisch-palästinensische Konflikt und der Krieg in Afghanistan sind vermutlich die beiden wichtigsten Auseinandersetzungen, die den Jihadisten immer wieder neue Freiwillige in die Arme treiben. Aber auch die Auseinandersetzungen im Nordkaukasus sind an Bedeutung für die Beharrungskraft jihadistischer Ideologie nicht zu unterschätzen. Leider haben die USA und ihre Verbündeten in den Jahren nach 2001 nur wenig zu einer Lösung dieser Konflikte beigetragen. Dass die Bush-Administration den israelisch-palästinensischen Konflikt bis 2007 fast vollständig außer Acht ließ, zeigt nur ein weiteres Mal, mit welcher Ignoranz und Inkompetenz Washington bis zum Regierungswechsel Anfang 2009 agierte. Statt auf die Entschärfung von Auseinandersetzungen hinzuwirken, wurden die USA und ihre Verbündeten durch die Invasionen in Afghanistan und Irak selbst zu Akteuren vor Ort.

Es ist besorgniserregend, dass weder die amerikanische noch die europäische Politik aus den eigenen und fremden Fehlern der Vergangenheit lernen. Schon die sowjetische Erfahrung in Afghanistan hätte der westlichen Politik nach

2001 als Warnung dienen müssen, dass die Präsenz ausländischer Truppen in Ländern der islamischen Welt große Widerstände hervorrufen und freiwillige Kämpfer aus anderen Ländern mobilisieren kann. Nur eine in der Politik allzu häufig ausgeprägte Geschichtsvergessenheit kann erklären, warum so viele Staaten gänzlich unvorbereitet und ohne die absehbaren Konsequenzen zu berücksichtigen, Truppen nach Afghanistan und in den Irak entsandten.

Der Irak-Krieg 2003 und die anschließende Besetzung des Landes durch amerikanische und britische Truppen waren die folgenreichsten und damit schwersten Fehler der westlichen Terrorismusbekämpfung nach 2001. Irakische National-Islamisten, klassische Internationalisten und die globalen Jihadisten bekämpften hier die US-Truppen und den neuen irakischen Staat mit einer Effektivität, die die USA an den Rand einer katastrophalen Niederlage brachten. Tausende junge Kämpfer aus allen Teilen der arabischen Welt schlossen sich den Aufständischen an. Parallel entwickelte sich der Irak-Krieg für mehrere Jahre zum wichtigsten Motivationsfaktor terroristischer Aktivität in Europa und der arabischen Welt. Der Krieg hätte nie stattfinden dürfen und bindet nach wie vor Zehntausende amerikanische Soldaten und erhebliche Ressourcen.

Anders verhält es sich mit dem Krieg in Afghanistan. Es war 2001 durchaus sinnvoll, die Taliban zu stürzen und al-Qaida so ihr Rückzugsgebiet zu nehmen. Anschließend hätten die USA und ihre Verbündeten jedoch alle verfügbaren Kapazitäten zur Stabilisierung des Landes nutzen müssen, um dann möglichst rasch die ausländischen

Truppen abzuziehen. In der Realität zeigte die Bush-Administration aber wenig Interesse an Afghanistan. Ab 2002 überließen die USA das Land weitgehend sich selbst und zogen Spezialkräfte und Geheimdienstpersonal aus Pakistan und Afghanistan ab. Der deutschen Politik ist vorzuwerfen, dass sie weder hinsichtlich Afghanistans noch hinsichtlich der amerikanischen Absichten wusste, worauf sie sich einlässt. Als ab 2002 deutlich wurde, dass der Irak für die Bush-Administration Priorität hatte, waren die deutschen Truppen bereits in Afghanistan. In den folgenden Jahren verhielten sich die deutschen Truppen passiv, auch als der Aufstand der Taliban an Stärke gewann. Die Bundesregierung reagierte auch dann nicht, als um die Jahreswende 2007/2008 der Aufstand in Kunduz im deutschen Verantwortungsbereich eskalierte und das Militär vor den Folgen warnte. Nun begannen auch die Deutschen den Preis für die Untätigkeit der vorangegangenen Jahre zu zahlen.

3.3. Globale Jihadisten effektiv bekämpfen und Überreaktionen vermeiden

Im Kampf gegen die globalen Jihadisten verletzten die USA und ihre Verbündeten immer wieder eine Grundregel: Demnach hat die Bekämpfung von terroristischen Gruppierungen vor allem dann Aussicht auf Erfolg, wenn es gelingt, die Terroristen und ihre Sympathisanten voneinander zu isolieren. Dies lässt sich am ehesten dann erreichen, wenn die staatliche Seite Überreaktionen vermeidet. Gemeint sind damit all diejenigen Maßnahmen, die für eine kurzfristig effektive Terrorismusbekämpfung möglicherweise

wünschenswert erscheinen, langfristig aber eine Radikalisierung der Sympathisanten- und Unterstützerszene befördern können. Der Irak-Krieg war das vielleicht beste Beispiel für eine solche Überreaktion, aber auch die Verschleppung und Folterung von Terrorverdächtigen (Stichwort: Guantanamo) durch US-Behörden sind ein wichtiges Motiv für die Radikalisierung von Sympathisanten geworden.

In weniger spektakulären Fällen ist es oft schwierig zu entscheiden, wann eine Maßnahme unabdingbar ist. Dies liegt auch daran, dass es sich bei den globalen Jihadisten meist um die radikalsten und unversöhnlichsten Elemente in der islamistischen Szene handelt und effektive Gegenmaßnahmen geboten sind. Hier muss jede Gesellschaft ihre eigene Balance finden. Wichtig ist jedoch, dass immer wieder die Frage gestellt wird, ob bei oberflächlicher Betrachtung alternativlose Maßnahmen nicht gegebenenfalls radikalierend wirken und deshalb auf sie verzichtet werden sollte. In Deutschland sind entsprechende Überreaktionen bisher weitgehend ausgeblieben.

4. Fazit

Unter der Führung von al-Qaida haben die Jihadisten seit 2001 vor allem von den Fehlern westlicher Terrorismusbekämpfung profitiert. Die Empörung der westlichen Welt über die Anschläge des 11. September 2001 verleitete vor allem die USA, jegliches Maß zu verlieren. Die jihadistische Bewegung besteht aus weltweit nicht mehr als

wenigen Zehntausend Aktivisten, die noch dazu untereinander stark zerstritten sind. Statt ihre einzelnen Bestandteile gezielt zu bekämpfen und die Konflikte unter den Jihadisten zu schüren, schweißten die zahlreichen Überreaktionen und Fehlentscheidungen der westlichen Welt die Jihadisten erst zusammen. Trotzdem ist die Bewegung weit davon entfernt, ein monolithischer Block zu sein. Die oben angeführten Typen existieren fort und verweisen auf mögliche Ansatzpunkte für eine zielgerichtetere und damit erfolgreichere Bekämpfung des islamistischen Terrorismus.

Über den Autor:

Dr. Guido Steinberg, Jahrgang 1969, Islamwissenschaftler, 2002 bis 2005 Terrorismusreferent im Bundeskanzleramt Berlin und zudem Lehrbeauftragter am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin, seit Oktober 2005 Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Naher Osten und Afrika der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

Hans-Georg Engelke

**Islamistischer Terrorismus
in Deutschland: Hintergründe,
Akteure, Ziele – eine Gefähr-
dungseinschätzung des BfV**



Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Einladung und die Gelegenheit, die Sie mir geben, das Phänomen „islamistischer Terrorismus“ anhand einiger Parameter aus der Sicht des BfV zu behandeln. Diese Phänomen ist gerade erst vor Kurzem wieder mehr in den Fokus des Öffentlichkeitsinteresses geraten: vor allem „al-Qaida“ wie auch die „Islamische Bewegung Usbekistans“ (IBU) haben im Zusammenhang mit der Bundestagswahl eine wahre „Internetpropaganda-Welle“ initiiert. Innerhalb von 16 Tagen erschienen insgesamt zehn Videos im September, in denen Deutschlandbezüge vorhanden waren; manche mit expliziten Drohungen, ja sogar Ultimaten. Dazu möchte ich später noch ausführen. Der Grund warum ich dies gleich zu Anfang meines Vortrages anführe, liegt auf der Hand: Diese „Propaganda-Welle“ verdeutlicht und bestätigt unsere Einschätzung, dass Deutschland im unmittelbaren Zielspektrum des islamistischen Terrorismus liegt.

Die Bedrohung für Deutschland hat sich – trotz zahlreicher Festnahmen und Erfolge bei der Vereitelung von Anschlägen – nicht abgeschwächt. Insbesondere die Gefährdungslage

für alle Staaten der sog. Anti-Terror-Koalition hat sich seit den Anschlägen auf den öffentlichen Nahverkehr in Madrid im März 2004 und in London im Juli 2005 verschärft.

In den Augen gewaltbereiter Islamisten zählt Deutschland zum Lager der sog. Kreuzzügler“, d. h. zu den „Helfern“ der USA und Israels. Die Beteiligung am weltweiten Kampf gegen den islamistischen Terrorismus, insbesondere der Einsatz von Einheiten der Bundeswehr in Afghanistan im Rahmen der „Anti-Terror-Koalition“, wird von islamistischen Terroristen heftig kritisiert.

Einschlägige Videobotschaften im Internet aus der jüngsten Zeit bestätigen, dass sich der Fokus mittlerweile ganz zielgerichtet auch auf Deutschland richtet. Dabei ist innerhalb dieses Jahres eine Entwicklung bemerkenswert: Im Januar 2009 wurde auf einer usbekischsprachigen islamistischen Internetseite ein Video der IBU mit dem Titel „Frohe Botschaft aus Afghanistan“ veröffentlicht. Darin wenden sich vier Personen in deutscher Sprache ausdrücklich an deutschsprachige Muslime und ermutigen diese, sich den „Mujahidin“ in Afghanistan anzuschließen. Ende Februar 2009 wurde auf derselben Internetseite ein weiteres Video der IBU mit dem Titel „Soldaten Allahs“ veröffentlicht, das an die Botschaft vom Januar anknüpft. Einer der beiden deutschsprachigen Akteure ruft erneut dazu auf, sich dem bewaffneten Kampf anzuschließen und „den ehrenvollen Tod für Allah zu sterben“. Das Video zeigt außerdem Kampfszenen, vermutlich aus der Region Afghanistan-Pakistan. Erläuterungen sind mit deutschen Untertiteln versehen. Diese Videos enthalten keine Anschlagsdrohungen

gegen Deutschland. Jedoch werden Bilder des Anschlags am 17. Januar 2009 in der Nähe der deutschen Botschaft in Kabul gezeigt, die im Kontext gesehen als Drohung im Falle der Fortsetzung des Bundeswehreinsetzes verstanden werden können. Deutlicher ist in dieser Hinsicht das Video des bekannten Islamisten Bekkay Harrach, der es mit seinem Beitrag „Sicherheit – ein geteiltes Schicksal“ im September bis in die „Tagesschau“ schaffte. In diesem Video drohte er an, dass Deutschland Ziel eines Angriffs innerhalb der beiden Wochen nach der Bundestagswahl werden würde, falls sich das deutsche Volk in der Bundestagswahl für eine Regierung entscheide, die den Afghanistan-Einsatz weiterführe. Zu Anschlägen ist es nicht gekommen. Zwar wird im Rahmen des islamistischen Terrorismus Propaganda mittlerweile auch als Instrument zur bloßen Einschüchterung bzw. Beeinflussung der Gesellschaft genutzt. Aufgrund unserer Erfahrungen als Teil der internationalen Staatengemeinschaft wissen wir jedoch auch, dass Drohungen leider oft nicht nur „leere Hüllen“ sind, sondern diesen Drohungen von Zeit zu Zeit auch verheerende Taten folgen, wie letztes Jahr die Anschläge in Mumbai gezeigt haben.

Es muss daher davon ausgegangen werden, dass Anschläge im Bundesgebiet bzw. gegen deutsche Interessen und Einrichtungen im Ausland jederzeit möglich sind.

Mit den versuchten Anschlägen auf Regionalzüge der Deutschen Bahn im Juli 2006 (sog. Kofferbomber) ist Deutschland knapp einem schwerwiegenden Terroranschlag entronnen. Dem trug inzwischen das Oberlandesgericht

Düsseldorf Rechnung, das einen der Täter am 9. Dezember 2008 zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilte. Seine Verteidigung hat Revision eingelegt. Der Mittäter war bereits am 18. Dezember 2007 in Beirut (Libanon) zu zwölf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Das Oberlandesgericht Düsseldorf sah es als erwiesen an, dass die beiden Täter Spreng- und Brandvorrichtungen in Regionalzügen in Nordrhein-Westfalen mit dem Ziel deponierten, eine möglichst große Anzahl von Menschen zu töten. Das entscheidende Motiv für die versuchten Anschläge war die Anfang 2006 auch in deutschen Medien erfolgte Veröffentlichung von „Muhammad-Karikaturen“. Dies verdeutlicht, dass „auslösende“ Ereignisse, sog. Trigger-Events, die von Islamisten als blasphemisch oder sonst in irgendeiner Form als gegen den Islam gerichtete Aktion interpretiert werden können, geeignet sind, eine zum Teil ohnehin vorhandene Gewaltbereitschaft eskalieren zu lassen. Ein weiteres „Trigger-Event“ war sicherlich die Ermordung von Marwa al-Sherbini. Im Nachgang dieses abscheulichen Verbrechens wurde in der islamistischen Szene auch über Racheakte, bzw. Aktionen gegen deutsche Einrichtungen nachgedacht.

Auch im Fall der „Sauerlandgruppe“ hätte sich das Bedrohungsszenario beinahe verwirklicht. Durch die Festnahmen im September 2007 konnten Sprengstoffanschläge auf US-amerikanische Ziele innerhalb Deutschlands vereitelt werden. Hunderte Kilogramm Sprengstoff sollten dabei zum Einsatz kommen. Das weitere Verfahren liegt nun in den Händen der Bundesanwaltschaft, die am 2. September 2008 Anklage gegen die drei Beschuldigten erhoben hat.

Die 23, 29 und 30 Jahre alten Tatverdächtigen sind mutmaßliche Mitglieder der „Islamischen Jihad-Union“ (IJU), die ihre Aktivitäten vom afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet aus entfaltet. Neben Verbindungen zu anderen regionalen islamistischen und islamistisch-terroristischen Organisationen verfügt die IJU wahrscheinlich über Kontakte zu „al-Qaida“ und ist von deren Ideologie beeinflusst. Bei den Tatverdächtigen handelt es sich um zwei zum Islam konvertierte Deutsche sowie einen türkischen Staatsangehörigen, der sich seit 1986 in Deutschland aufhält und im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis ist. Die Tatverdächtigen hielten sich 2006 in pakistanischen Ausbildungslagern für Terroristen auf. Einer der drei hatte zudem mehrere Personen an seinem Wohnort oder im näheren Umkreis mit dem Ziel angeworben, sich ebenfalls in Lagern der IJU für die Teilnahme am „Jihad“ ausbilden zu lassen. Die Angeworbenen nutzte er gleichzeitig für den Transfer von Ausrüstungsgegenständen und Finanzmitteln zur Unterstützung der Organisation im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet.

Der Fall macht zwei Problemfelder deutlich, mit denen sich die Sicherheitsbehörden im Bereich des islamistischen Terrorismus zunehmend konfrontiert sehen: das Phänomen des „Homegrown“-Terrorismus sowie die in jüngerer Vergangenheit festgestellten Reisebewegungen von Personen des islamistisch-terroristischen Spektrums von Deutschland in Richtung Pakistan.

Auch wenn es in Deutschland in den letzten zehn Jahren verschiedene Planungen von Anschlägen erheblichen

Ausmaßes wie z. B. die der „Sauerlandgruppe“ gegeben hat, sind die hier lebenden Personen aus dem islamistisch-terroristischen Spektrum überwiegend in propagandistische und logistische Unterstützungshandlungen (u. a. Spendensammlungen und -transfers, Rekrutierungen) zugunsten islamistischer Terrorgruppen an „Jihad“-Schauplätzen eingebunden. Andere Personen aus dem islamistisch-terroristischen Spektrum sehen ihre Schwerpunkte in der Radikalisierung und der Missions-Arbeit („Dawa“) zugunsten eines „jihadistischen“ Salafismus.

Ein prominentes Beispiel für propagandistische Unterstützungsleistungen ist neben Harrach der deutsche Staatsangehörige Eric Breininger, von dem vermutet wird, dass er sich in einem Ausbildungslager im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet aufhält. Am 28. April 2008 wurden im Internet zwei Videos mit Eric Breininger veröffentlicht. In einem der Videos rief er in deutscher Sprache zum „Jihad“ auf. In einem am 23. Mai 2008 ebenfalls im Internet veröffentlichten Video rechtfertigte er mögliche Anschläge in Deutschland oder auf deutsche Interessen mit der Militärpräsenz Deutschlands in Afghanistan. Aufgrund seiner ethnischen Herkunft erscheint Eric Breininger in der Lage, weitere gewaltbereite Islamisten aus dem deutschsprachigen Raum zur Beteiligung am bewaffneten „Jihad“ sowie für eine Unterstützung islamistischer Aktivitäten zu mobilisieren und zu rekrutieren.

Hintergründe/Akteure des Islamismus/islamistischen Terrorismus in Deutschland

Der islamistische Terrorismus hat seine ideologische Basis im „Jihadismus“. Dessen Anhänger gehen nach ihrer Auslegung des Korans davon aus, dass der gewaltsame „Jihad“ („Heiliger Krieg“) zur Verteidigung und Ausbreitung des Islam muslimische Pflicht sei. Der „Jihad“ sei erst dann zu beenden, wenn der Islam weltweit zur herrschenden Religion geworden ist. Wie ernst „Jihadisten“ diese angebliche Verpflichtung nehmen, zeigt beispielsweise die über den katarischen Fernsehsender „al-Jazeera“ ausgestrahlte Bekennung der „al-Qaida im islamischen Maghreb“ aus Algerien (vormals „Salafiyya-Gruppe für Predigt und Kampf“ – GSPC) zu den Attentaten vom 11. April 2007 in Algier. Darin heißt es: „Wir werden nicht ruhen, bis wir die ganze Erde des Islam von Kreuzzüglern, Abtrünnigen und Spionen befreit und wieder Fuß im geraubten Andalusien gefasst haben.“

Die Rekrutierung für den gewaltsamen „Jihad“ – also der Weg in den islamistischen Terrorismus – bezeichnet die Spitze eines umfassenden Radikalisierungsprozesses. Der größte Teil der Personen radikalisiert sich über ihr direktes Umfeld. Bereits aus diesem Grund ist auch die Beobachtung von islamistischen Organisationen, die in Deutschland nicht terroristisch agieren, unerlässlich. Mit der Verbreitung islamistischen Gedankenguts können sie den Nährboden für „jihadistische“ Einstellungen bilden; auch deshalb stellen sie eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die innere Sicherheit dar.

Einige dieser Organisationen zielen darauf ab, die in ihren Herkunftsländern bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnungen durch ein strikt an Koran und Sunna ausgerichtetes Staatswesen auf der Grundlage ihres Verständnisses des Islam und der Scharia, des islamischen Rechts, zu ersetzen. Fernziel ist in vielen Fällen die weltweite Verbreitung des Islam und die Gründung eines weltweiten Kalifats unter Aufhebung staatlicher Grenzen.

Eine solche Organisation ist beispielsweise die „Hizb ut-Tahrir“ („Islamische Befreiungspartei“ – HuT), deren Betätigung in Deutschland verboten wurde, da sie sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet und Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele befürwortet.

Daneben streben z. B. die Anhänger der nordkaukasischen „Tschetschenischen Republik Itschkeria“ (CRI)/„Tschetschenischen Separatistenbewegung“ (TSB) gewaltsam nach einem von der Russischen Föderation unabhängigen islamischen Staat auf Grundlage der Scharia. Die bewaffneten Auseinandersetzungen dehnen sich auch auf die benachbarten Regionen wie z. B. Inguschetien und Dagestan aus. Die Aktivitäten der Anhänger in Deutschland reichen von Propagandaarbeit über Geldsammlungen für humanitäre Projekte bis zur materiellen und logistischen Unterstützung der CRI/TSB im gesamten Nordkaukasus.

Auch die transnationale Massenbewegung „Tablighi Jama'at“ (TJ) kann mit ihren intensiven Missionierungsbemühungen sowie dem vermittelten strengen Islamverständnis eine desintegrative Wirkung entfalten. Hierdurch

wiederum können Radikalisierungsprozesse befördert und damit gleichzeitig die Voraussetzungen für ein Abgleiten einzelner Mitglieder in das terroristische Umfeld geschaffen werden. Es liegen Anhaltspunkte dafür vor, dass die TJ „jihadistischen“ Organisationen als Rekrutierungspool dient, indem diese z. B. versuchen, das durch die TJ geprägte konservative Islamverständnis einer Zielperson durch eine „jihadistische“ Komponente zu ergänzen. In Einzelfällen ist zudem belegt, dass Mitglieder terroristischer Gruppierungen und Netzwerke die Infrastruktur der TJ zu Reisezwecken nutzen.

Im Blickfeld der Sicherheitsbehörden stehen darüber hinaus Personen im Zusammenhang mit sog. Islamseminaren. Islamseminare sind gewöhnlich Teil der üblichen Koranschulungen muslimischer Gemeinden in Deutschland. Im Rahmen der Religionsfreiheit sind sie durch das Grundgesetz anerkannt. Weder Islamseminare noch andere islamische Religionsunterweisungen sind als solche Gegenstand der Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden. Explizit salafistisch ausgerichtete Islamseminare, die durch Personen des islamistisch-terroristischen Spektrums genutzt werden, um junge Muslime und Konvertiten zu radikalieren, sind jedoch für die Verfassungsschutzbehörden in Deutschland von Interesse. Allgemein ist unter Salafismus eine islamische Bewegung zu verstehen, die sich in strenger doktrinärer Form am Leitbild der frühen Muslime („salaf“) orientiert. Ideologische Anhänger des Salafismus lehnen die Demokratieformen der westlichen Welt und die ihnen zugrunde liegenden Werte mit der Begründung ab, sie seien von Menschen gemacht und nicht

gottgewollt. Innerhalb der salafistischen Anhängerszene gibt es Vertreter eines „jihadistischen“ Salafismus, die mit der Auffassung sympathisieren, dass zur Durchsetzung der eigenen Ziele auch die Anwendung von Gewalt bzw. terroristischer Mittel legitim sei. Salafistische Schulungsveranstaltungen dienen ihnen häufig als „Kontaktbörse“ bzw. Foren potenzieller Rekrutierungen.

Die salafistische Ideologie und deren Protagonisten stellen daher eine Gefahr für die muslimischen Gemeinden in Deutschland und damit mittelbar auch eine gesamtgesellschaftliche Gefahr dar.

Die jüngsten Entwicklungen bestätigen die Vielfältigkeit des globalen Täterspektrums. Dazu zählen die von Usama Bin Ladin geführte „al-Qaida“, die mit ihr kooperierenden „Mujahidin“-Netzwerke sowie mehrere regional operierende islamistische Organisationen in Zentral- und Südostasien sowie in afrikanischen Ländern, insbesondere im Maghreb. Einen weiteren Tätertypus bilden „vorradikalisierte“ Personen, d. h. Personen, die aus einem islamischen Land nach Europa kommen und in ihrem Heimatland bereits durch islamistische Ideologien beeinflusst wurden. Weiterhin sind Einzelpersonen oder -strukturen zu nennen, die keine Anbindung an Organisationen aufweisen, sondern in autonom handelnden Klein- und Kleinstgruppen agieren.

Mit besonderer Sorge erfüllen die europäischen Sicherheitsbehörden Strukturen oder Strukturansätze, die sich aus Personen ab der zweiten Einwanderergeneration sowie Konvertiten zusammensetzen. Diese sog. Homegrown-

Netzwerke stellen die Sicherheitsbehörden vor besondere Herausforderungen. Die in letzter Zeit festgestellten Anschlagplanungen wurden von Netzwerken durchgeführt, in denen Personen, die dem „Homegrown“-Spektrum zuzurechnen sind, überwiegen. Darüber hinaus ist auffällig, dass Netzwerke mit überwiegend „Homegrown“-Personen zu den jüngeren und weitaus aktiveren Netzwerken zählen. Personen, die zu diesem Täterspektrum gehören, sind zu meist hier geboren und/oder aufgewachsen, stehen aber aufgrund religiöser, gesellschaftlicher, kultureller oder psychologischer Faktoren dem hiesigen Wertesystem ablehnend gegenüber. Gemeinsames Kennzeichen dieses Personenkreises ist, dass er von der panislamisch ausgerichteten „al-Qaida“-Ideologie beeinflusst wird. Der Anteil von Netzwerken, deren Mitglieder überwiegend „Homegrown“-Kriterien erfüllen, ist in den vergangenen Jahren auch in Deutschland gewachsen.

Wenngleich festzustellen bleibt, dass sich lediglich ein geringer Teil aller Konvertiten islamistische Koraninterpretationen zu eigen macht und sich für islamistische Ziele engagiert, wird mit Sorge festgestellt, dass innerhalb des islamistischen Spektrums in Deutschland in jüngerer Vergangenheit vermehrt Konvertiten bekannt wurden. Aktuelle Beispiele sind der deutsche Staatsangehörige Eric Breininger und die zwei deutschen Mitglieder der „Sauerlandgruppe“ Fritz Gelowicz und Daniel Schneider. Die Rolle von Konvertiten in terroristischen Strukturen erklärt sich u. a. aus der Motivation, sich gegenüber Glaubensbrüdern als besonders gute Muslime (hier: Islamisten) beweisen zu wollen. Konvertiten weisen zudem aufgrund ihrer Kenntnis

der westlichen Gegebenheiten strategische Vorteile auf, z. B. die Fähigkeit, sich in die Gesellschaft des „Gegners“ zu integrieren, das Beherrschen von dessen Sprache und den Besitz legaler Papiere. Gleichwohl liegen bislang keine Hinweise vor, dass Terrororganisationen diesen taktischen Vorteil durch gezielte Rekrutierungen nutzen.

Aufenthalte in terroristischen Ausbildungslagern im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet

Ein Training in Afghanistan oder Pakistan gehört auch heute noch zu den wichtigsten Voraussetzungen für den Einsatz auf einem der Schauplätze des bewaffneten „Jihad“ und für den Aufstieg in den inneren Kreis einer der regionalen „Mujahidin“-Gruppen.

Trainingslager der „Mujahidin“ bestanden bis zum Sturz des „Taleban“-Regimes 2001 fast ausschließlich in Afghanistan. Aktuell befinden sie sich überwiegend im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet und vereinzelt im Maghreb. Die Vielzahl terroristischer Ausbildungslager in der afghanisch-pakistanischen Grenzregion wird durch die schwer zugänglichen und kaum zu kontrollierenden örtlichen Gegebenheiten begünstigt. In jüngerer Vergangenheit wurden vermehrt Reisebewegungen von Personen aus dem islamistisch-terroristischen Spektrum aus Deutschland in Richtung Pakistan festgestellt und verschiedene Verhaftungen von Personen mit Deutschland-Bezug in Pakistan bekannt. Rekruten aus Deutschland gelangen in der Regel auf konspirativem Weg, etwa über die Türkei

und den Iran, in das afghanisch-pakistanische Grenzgebiet. Die Gesamtzahl der in islamistisch-terroristischen Lagern ausgebildeten Rekruten mit Deutschland-Bezug ist nicht bekannt. Neben dem militärischen Taktiktraining und der Ausbildung im Umgang mit Sprengstoff und Waffen stehen auch Koranschulungen mit islamistischer Ausprägung im Mittelpunkt.

Von den Terrorcamp-Absolventen geht u. a. aus folgenden Gründen eine erhöhte Gefährdung aus:

- Ein Terrorcamp-Aufenthalt wird in der Regel nur bei bereits vorhandenem Interesse am gewaltsamen „Jihad“ durchgeführt.
- Dort erworbene handwerkliche Fähigkeiten können für Anschläge genutzt werden.
- In den Ausbildungscamps können weitere relevante Kontakte geknüpft werden.
- Aufenthalte mit Gleichgesinnten bzw. charismatischen Anführern können die Radikalisierungstendenzen weiter verstärken.
- Die Rückkehrer können in Deutschland als Vorbilder fungieren.

Terrorcamp-Besucher werden daher von den Sicherheitsbehörden mit erhöhter Aufmerksamkeit betrachtet.

Das Internet als Propagandamedium und Radikalisierungsfaktor

Die aktuelle Sicherheitslage in Deutschland wird darüber hinaus durch die zunehmende Rolle des Internets auch

in islamistischen/islamistisch-terroristischen Kreisen bestimmt. Menschenverachtende Aufnahmen von Anschlägen und deren Opfern, direkte Aufrufe zur Gewalt und Anleitungen zum Bombenbau verdeutlichen die Gefahr, die von der missbräuchlichen Nutzung des Internets ausgeht.

Das Internet ist mittlerweile das wichtigste Kommunikations- und Propagandamedium für Islamisten und islamistische Terroristen.

Die Protagonisten des islamistischen Terrorismus sind sich der herausragenden Bedeutung des Internets bewusst. Anschläge sind in ihren Augen nur dann erfolgreich, wenn sie größtmögliche Aufmerksamkeit erregen. Die mediale Verwertung ergänzt den realen Kampf und will Botschaften zur Änderung der politischen Haltung sowie Aufrufe zum Widerstand und zu Nachfolgetaten kommunizieren. Die Anzahl an einschlägigen Internetseiten ist kaum noch überschaubar.

Die Vorteile gegenüber der Verbreitung von Propaganda-Botschaften beispielsweise durch Fernsendeder liegen auf der Hand: Das Internet bietet weitgehende Gestaltungsfreiheit ohne die Gefahr redaktioneller Eingriffe. Ferner ermöglicht das Internet eine sehr schnelle Verbreitung von Informationen bei einem großen Empfängerkreis und geringem finanziellen Aufwand. Die Möglichkeit, Inhalte anonym oder unter Verwendung von Pseudonymen einzustellen, verringert zudem das Risiko, den Urheber zu lokalisieren und zu identifizieren. Darüber hinaus nutzen

Islamisten verstärkt interaktive, auch nicht-islamistische Internetdienste wie Diskussionsforen, Videoplattformen (z. B. Youtube) oder Kontaktnetzwerke zur Verbreitung ihrer Propaganda. Beliebte sind zudem die sog. Weblogs, kostenfreie und anonyme Internetpräsenzen, die ohne besonderes technisches Wissen eingerichtet werden können.

Insbesondere „al-Qaida“ nutzt das Internet als eine Plattform, auf der sie ihr propagandistisches Potenzial entfalten kann. Die Verlautbarungen werden hierbei nicht nur professioneller, indem sie aufwändig visualisiert werden, sondern auch immer zahlreicher. In den vergangenen Jahren haben sich Veränderungen in den Inhalten von Propagandavideos ergeben: Es wurden zahlreiche sog. „Märtyrervideos“ veröffentlicht, die in der Regel den Selbstmordattentäter zeigen, wie er die Tat vorbereitet und schließlich ausübt, gefolgt von Huldigungen und Lobpreisungen und der Betonung, dass er für die Sache Allahs gestorben sei und nun seinen Platz im Paradies eingenommen habe. Gerade junge Männer versucht man, über das idealisierte Bild zu gewinnen, das vom Leben und Sterben als Kämpfer für die Sache „al-Qaidas“ gezeichnet wird: die Vorstellung eines abenteuerlichen, von Gemeinschaftsgefühl und religiöser Sinnhaftigkeit geprägten Daseins. Videofilme, die Gewalttaten islamistischer Terroristen in teils drastischen Bildern dokumentieren sowie die große Zahl schriftlicher Anschlagsbekennungen sollen als Erfolgsmeldungen Stärke demonstrieren und nicht zuletzt die Attraktivität der Bewegung für Anhänger und Unentschlossene steigern.

Auch seitens der Zielgruppen der publizierten Propagandavideos sind neue Tendenzen erkennbar. Waren die Videos früher fast ausschließlich in Arabisch gehalten, so werden sie heute immer öfter in deutscher Sprache oder mit deutschen Untertiteln ins Internet eingestellt. Es zeigt sich, dass die Protagonisten mit ihrer Propaganda zunehmend auf Muslime in Deutschland abzielen.

In der letzten Zeit hat die Zahl „jihadistischer“ Verlautbarungen mit Deutschlandbezug im Internet merklich zugenommen. Dies gilt insbesondere für die Verlautbarungen der „Islamischen Jihad-Union“ (IJU) und der „Islamischen Bewegung Usbekistan“ (IBU), die inzwischen deutsche Sequenzen oder Untertitel enthalten und – im Falle des deutschen Konvertiten Eric Breininger und der in Deutschland aufgewachsenen Gebrüder Chouka deutsche „Hauptdarsteller“.

Insbesondere die deutschsprachigen „al-Qaida“-Verlautbarungen des Bekkay Harrach haben seit Anfang 2009 für Aufmerksamkeit gesorgt. In dem Video „Rettungspaket für Deutschland“ thematisiert der deutsche Staatsangehörige marokkanischer Herkunft u. a. die „Muhammad-Karikaturen“ und droht mit Anschlägen auf deutsche Interessen, sollte Deutschland seine Truppen aus Afghanistan nicht abziehen. Er kündigt an, in unbestimmter Zukunft einen Selbstmordanschlag in Deutschland ausführen zu wollen. Am 26. Februar 2009 meldete sich Bekkay Harrach erneut mit einer Botschaft, „Der Islam und die Finanzkrise“, zu Wort. Im Gegensatz zur ersten Botschaft enthält diese Audiobotschaft aber keine direkten Drohungen mit

Terroranschlägen gegen Deutschland. Direkte Drohungen stieß er im Rahmen der Medien-Offensive zu der Bundestagswahl 2009 aus:

„Meine lieben Brüder im Islam, sollte der Jihad in Deutschland beginnen, so lasset erst al Qaida machen. Wenn danach noch Bedarf sein sollte und wir zur nächsten Phase übergehen müssten, dann werden wir Euch, in‘schallah, mitteilen, was jeder von Euch tun kann, um sich am Jihad in Deutschland zu beteiligen.“

(Bekkay Harrach, Sicherheit - ein geteiltes Schicksal, 18. September 2009)

Auch bei der Radikalisierung kommt dem Internet eine stetig wachsende Bedeutung zu. Die dort vorgefundenen Publikationen, Schriften und Predigten bieten Raum zur eigenen Interpretation. Interessierte Personen nähern sich dort dem Islam autodidaktisch; sie lesen und interpretieren z. B. einzelne Koransuren ohne fundierte theologische Anleitung und erklären sich dann aufgrund dieser Versatzstücke zum Experten, dessen Aufgabe es sei, das göttliche Gebot Allahs durchzusetzen. Diese autodidaktische Vorgehensweise kann eine Radikalisierung auslösen – sog. Selbstradikalisierung – oder verstärken. Eine die Radikalisierung verstärkende Wirkung entfaltet das Internet zudem über seine homogenisierende Wirkung. Auf Internetseiten können Sachverhalte und Ereignisse über den eigenen regionalen und sprachlichen Raum hinaus thematisiert werden. Auch viele der im Internet veröffentlichten Verlautbarungen stellen diese globalen Bezüge her. Sowohl die im Internet verbreitete Propaganda als auch die sich

dort konstituierenden virtuellen Netzwerke tragen dazu bei, dass sich Aktivisten und Sympathisanten des „globalen Jihad“ als Teil einer einzigen Bewegung begreifen können, auch wenn sich Ziele und Handlungsmotive der Beteiligten stark voneinander unterscheiden. Ihnen ist jedoch gemeinsam, dass sie sich ideologisch an „al-Qaida“ orientieren. Eine wichtige Funktion kommt dabei einschlägigen „jihadistischen“ Diskussionsforen im Internet zu: Sie fungieren als zentrale Marktplätze, wo sich Teilnehmer aus verschiedenen Teilen der Welt treffen und gegenseitig ihrer Ziele versichern.

Die aktuelle Gefährdungslage

Abschließend möchte ich zur Gefährdungslage auf folgende Punkte hinweisen:

- Wir haben weiterhin eine anhaltende Propagandawelle. Das Engagement Deutschlands in Afghanistan steht inhaltlich im Fokus dieser islamistisch-terroristischen Propaganda.
- Wir beobachten weiterhin verstärkte Ausreisebemühungen in die pakistanisch-afghanische Grenzregion.

Nicht zuletzt deswegen ist festzuhalten, dass islamistisch-terroristische Anschläge in Deutschland oder gegen deutsche Interessen jederzeit möglich sind. Wir gehen daher weiter von einer erhöhten Gefährdungslage aus.

Schlusswort

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
das Bundesamt für Verfassungsschutz leistet als deutscher Inlandsnachrichtendienst einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus. Nach unserem Selbstverständnis schützen wir damit alle in Deutschland lebenden Menschen, gerade und insbesondere die hier lebenden Muslime, die in ihrer überwältigenden Mehrheit mit Extremismus und Terrorismus nichts zu tun haben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Über den Autor:

Hans-Georg Engelke, Jahrgang 1964, 1994 bis 1998 Staatsanwalt beim Landgericht Berlin, 1999 bis 2006 verschiedene Verwendungen beim Bundesministerium des Innern, zuletzt als Leiter des Referats Ausländerextremismus und Ausländerterrorismus, seit November 2006 Leiter der Abteilung Islamismus/Islamistischer Terrorismus beim Bundesamt für Verfassungsschutz.

Heiner Wegesin

Die aktuelle Bedrohung durch den internationalen islamistischen Terrorismus



Meine sehr geehrten Damen und Herren,

das zurückliegende Jahrzehnt wurde durch die vom internationalen islamistisch-motivierten Terrorismus ausgehende Bedrohung und deren Bekämpfung geprägt. Auch acht Jahre nach den verheerenden Anschlägen auf das World-Trade-Center bleibt festzuhalten: Der internationale islamistische Terrorismus ist und bleibt auf absehbare Zeit eine der größten Bedrohungen für unser aller Sicherheit.

Als Etikett dieser Bedrohung wird seit dem 11. September 2001 unverändert al-Qaida wahrgenommen. Diese anhaltende Wahrnehmung täuscht über folgenden Fakt hinweg: Al-Qaida von heute ist beileibe nicht mehr die al-Qaida von 2001!

Entwicklung des al-Qaida-Netzwerks

Al-Qaida 2009 – das ist zum einen Kern-al-Qaida (KernAQ) um BIN LADEN und ZAWAHIRI. Durch den enormen Verfolgungsdruck hat KernAQ physisch an Bewegungsfreiheit verloren, durch die Nutzung neuer

Möglichkeiten – insbesondere dem Internet als Propagandamedium – „virtuell“ wiederum hinzugewonnen. Das Wesen der KernAQ hat sich gewandelt: Die Verbreitung des ideologischen Leitbildes für den globalen Jihad nimmt heute einen größeren Anteil in der Perzeption des Westens ein.

Al-Qaida 2009 – das sind aber auch die al-Qaida-Regionalorganisationen und Kooperationen mit anderen jihadistischen Terrorgruppen. Ein Beispiel par excellence ist die al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQM). Hierbei handelt es sich nicht um eine durch KernAQ neu gegründete Organisation. Vielmehr schloss sich die algerische Groupe Salafite pour la Prédication et le Combat (GSPC) im September 2006 KernAQ an. Im Januar 2007 erfolgte die Umbenennung in al-Qaida im Islamischen Maghreb. KernAQ kam auf diese Weise der Vision vom globalen Jihad einen Schritt näher.

Die so entstandenen Beziehungen im al-Qaida-Netzwerk sind symbiotischer Natur. KernAQ hofft, von den operativen Fähigkeiten der Regionalorganisationen zu profitieren und deren Erfolge für sich propagandistisch in Anspruch nehmen zu können. Die Regionalorganisationen wiederum erhoffen sich durch das Label „al-Qaida“ erhöhtes Prestige und folglich bessere Möglichkeiten bei der Generierung von Ressourcen.

Im Fokus des globalen Jihad steht gegenwärtig die Region Afghanistan-Pakistan. Demgegenüber hat der Irak als internationaler Jihad-Schauplatz an Bedeutung

verloren. Neben diesen primären Gravitationszentren des internationalen islamistischen Terrorismus existieren sekundäre Jihad-Schauplätze. Unter diesen erlangen Nordafrika, Somalia und die Arabische Halbinsel zunehmend an Bedeutung.

Die zentrale Rolle im internationalen Terrorismus kommt unverändert KernAQ zu, wenn auch – wie soeben aufgezeigt – mittlerweile mit anderer Schwerpunktsetzung. Die zur Verbreitung des ideologischen Leitbildes erforderliche mediale Präsenz der al-Qaida-Führung ist durch zahlreiche Video- oder Audioproduktionen ungebrochen.

KernAQ hat in den zurückliegenden Jahren bedeutsame Verluste erlitten. Es wurden wichtige Bereiche geschwächt. Folge ist u. a. der Verlust an Know-How. In der Konsequenz könnte der hohe Verfolgungsdruck eine weitere Dezentralisierung der Entscheidungsprozesse innerhalb KernAQs ausgelöst haben.

Die erzwungenen Umstrukturierungen und die Integration neuer Führungskräfte erschwert jedoch gleichzeitig die Aufdeckung möglicher Planungen und könnte zudem bislang nicht mit KernAQ in Verbindung gebrachte, eher unkonventionelle Modi Operandi hervorrufen.

Gefährdungslage in Deutschland

Für die Gefährdungslage in Deutschland ist aus dem Umfeld der KernAQ unverändert Bekkay HARRACH

von besonderer Relevanz. Das am 18. September 2009 veröffentlichte und von der al-Qaida-Medienorganisation as-Sahab produzierte Video mit Bekkay HARRACH enthielt klare Drohungen gegen Deutschland.

Sein Auftritt in diesem Video – optisch angelehnt an eine Rede des US-Präsidenten OBAMA – entsprach wohl HARRACHs eigenem Verständnis der Bedeutung seiner Rede. Er will die deutsche Bevölkerung erreichen und wählte dazu einen Auftritt, der in seinen Augen diesem Ziel angemessen schien. Nicht zuletzt will er sich wohl auch als Produkt der deutschen Gesellschaft präsentieren.

Es liegen weiterhin keine konkreten Informationen zu Anschlagplanungen der KernAQ in Deutschland vor. Daraus lässt sich jedoch nicht schließen, dass die Gefährdung Deutschlands durch fanatisierte Einzeltäter oder operativ unabhängige Zellen nicht fortbesteht. Dies dürfte insbesondere dann gelten, wenn die Propaganda gegen Deutschland anhält.

Region Afghanistan/Pakistan – Das Gravitationszentrum des Internationalen Jihad

Das Gravitationszentrum des globalen Jihad ist – wie bereits geschildert – gegenwärtig die Region Afghanistan-Pakistan. Hier sind neben KernAQ weitere internationale terroristische Gruppierungen wie die Islamische Jihad Union (IJU) und die Islamische Bewegung Usbekistans (IBU) aktiv.

Wir gehen davon aus, dass die hier ansässigen Vertreter der regionalen und nationalen Militanz („pakistanische Taleban“, HAQQANI, usw.) sowie internationale terroristische Gruppierungen miteinander kooperieren. Die Zusammenarbeit findet auf verschiedenen Ebenen statt, beispielsweise im Bereich der Ausbildung. Daneben unterstützt KernAQ weiterhin den Kampf in Afghanistan sowohl in personeller als auch in finanzieller Hinsicht. Dabei hat sich KernAQ medienwirksam dem Führer der afghanischen Taleban, Mullah OMAR, untergeordnet.

Neben KernAQ stehen in dieser Region die IJU und die IBU wegen ihrer wiederholten Drohungen gegen Deutschland bzw. deutsche Interessen im Ausland unverändert in unserem Fokus. Bei der IJU handelt es sich um eine zahlenmäßig eher kleine Gruppe im pakistanischen Waziristan. Ihre Gründer hatten sich 2002 von der IBU abgespalten. Zu ihren Mitgliedern gehören auch meist turkstämmige „Ausländer“ aus Aserbaidshan, der Türkei, Deutschland und vereinzelt auch anderen Nationen. Die IJU beteiligt sich am internationalen Jihad in Afghanistan. Gleiches gilt für die auch in unserem Fokus stehende IBU.

In den zu Afghanistan angrenzenden pakistanischen Stammgebieten liegt eine Vielzahl terroristischer Ausbildungslager, in denen auch westliche Staatsangehörige ausgebildet werden. Die Mehrheit der Rekruten stammt jedoch aus der Region selbst und wird für den Jihad in Afghanistan ausgebildet.

Gegenwärtig liegen Informationen zu ca. 185 Personen mit Deutschland-Bezug vor, die seit Beginn der Neunziger Jahre eine paramilitärische Ausbildung im Ausland erhalten haben sollen oder eine solche beabsichtigen. Im Jahr 2009 wurden in wachsendem Maße Ausreisen und Ausreiseversuche von islamistisch geprägten Personen aus Deutschland nach Pakistan, vor allem in die afghanisch/pakistanische Grenzregion, festgestellt.

Es ist festzustellen, dass militant-jihadistisch geprägte Personen mit Deutschland-Bezug sich vermehrt im bewaffneten Kampf ausbilden lassen wollen. Diese Tatsache gibt zur Sorge Anlass, zumal einige der ausgebildeten Personen mittlerweile nach Deutschland zurückgekehrt sind. Jedoch gibt es bislang keine Hinweise auf operative Planungen dieser Personen gegen deutsche Interessen.

Sekundäre Jihadschauplätze

Unter den sekundären Jihad-Schauplätzen besitzt Nordafrika aufgrund der von al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQM) ausgehenden Bedrohung und der somit angespannten Sicherheitslage im Maghreb und in der Sahelregion besondere Brisanz. AQM versteht sich seit dem Anschluss an KernAQ im Januar 2007 als Teil des globalen Jihad und weitet ihre Aktivitäten (u. a. Anschläge, Überfälle) auch auf ausländische Firmen und Einrichtungen sowie deren Mitarbeiter aus. Dabei reicht der AQM-Aktionsraum von Libyen über Tunesien bis in den Sahelraum.

Gezielte Entführungen westlicher Staatsbürger zum Zwecke der Finanzierung gehören ebenfalls zum Modus Operandi. Ein Beispiel ist die Entführung von vier Europäern – eine deutsche Staatsbürgerin, ein britischer Staatsbürger sowie zwei schweizerische Staatsbürger – am 22. Januar 2009 im nigrisch-malischen Grenzgebiet. Das Entführungsrisiko im gesamten Maghreb bleibt für westliche Staatsbürger weiterhin hoch. Neben u. a. französischen, britischen und US-amerikanischen Staatsbürgern stehen insbesondere deutsche (bzw. deutschsprachige) Staatsbürger im AQM-Visier.

Künftig werden deutsche Entführungsoffer vermutlich nicht nur als Einnahmequelle gesehen werden. Es ist nicht auszuschließen, dass sie im Zusammenhang mit politischen Forderungen, etwa dem Abzug deutscher Truppen aus Afghanistan, einer zusätzlichen Gefährdung ausgesetzt sein werden. Von dieser Gefährdungslage sind in erster Linie Touristen und Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen sowie des privaten Sektors im Sahelraum bzw. in den Wüstenregionen des Maghreb betroffen, aber auch ein Angriff auf Botschaftsmitarbeiter ist möglich.

Am Horn von Afrika gefährdet insbesondere die somalische Islamistenorganisation al-Shabab mit ihrem Kampf gegen die Regierung, die AMISOM-Truppen und jeglichen westlichen Einfluss die Sicherheitslage. Hierbei wendet die Gruppe terroristische Methoden (u. a. Sprengstoff- und Selbstmordattentate) an.

Al-Shabab versteht sich dabei als Teil des globalen Jihad

und bemüht sich seit mindestens Ende 2007 um einen Anschluss an KernAQ. In Europa existiert vor allem in Skandinavien und Großbritannien eine Sympathisanten-szene. Beobachtet wurde zudem die Radikalisierung junger Somalis in Europa und vermehrt auch in den USA.

Lassen Sie mich die Betrachtung der regionalen Jihad-schauplätze mit einem Blick auf die arabische Halbinsel abschließen. Die herausgehobene Stellung dieser Region für die Weltenergieversorgung verdient nicht zuletzt aufgrund unserer eigenen Abhängigkeit von Energieimporten Beachtung. Die Attraktivität der kritischen Energieinfrastruktur in dieser Region für terroristische Anschläge liegt auf der Hand. Sind erfolgreiche Anschläge in den Industriestaaten doch ungleich schwerer durchzuführen als im islamischen Krisenbogen.

Im Januar 2009 haben sich saudische und jemenitische Jihadisten unter dem Kommando des Emirs der al-Qaida im Jemen (AQJ), al-WOOHAISHI, zur „neuen“ al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAH) zusammengeschlossen. Im Zuge des Zusammenschlusses gab man seitens der AQAH die Absicht bekannt, den terroristischen Aktionsraum auf Saudi-Arabien auszuweiten. Mit dem fehlgeschlagenen Selbstmordanschlag auf den saudischen Vize-Innenminister Prinz Mohammed bin Naif al-SAUD am 27. August 2009 setzt die AQAH diese Ankündigung in die Tat um. Die AQAH wird weiterhin versuchen, durch einen spektakulären Anschlag ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen.

Die Bedeutung des Internets für den internationalen Jihad

Dem Internet kommt bei der Umsetzung der soeben geschilderten Entwicklung eine bedeutende Rolle zu. Die Nutzung des Internets durch Jihadisten ist nicht neu. Das Medium Internet war aber in der Vergangenheit nicht so dominant: Die meisten Botschaften der al-Qaida-Führung wurden zunächst arabischen Fernsehsendern oder vereinzelt auch Printmedien zugespielt.

Da Sender wie al-Jazeera oder al-Arabiya die Botschaften häufig verkürzt und damit – zumindest aus Sicht von al-Qaida-Sympathisanten – fehlerhaft wiedergegeben haben, löste ab 2006 das Internet die dominante Position der arabischen Fernsehsender ab. Diese Fernsehsender gehören in den Augen al-Qaidas zu den Medien, die „Staaten, Regierungen und Supermächten“ dienen – von ihnen seien keine Wahrheiten zu erwarten (ZAWAHIRI in seiner Videobotschaft zum 11. September 2008).

Heute hat das Internet für die fundamental-islamisch geprägten terroristischen Gruppierungen eine zentrale Rolle eingenommen und gewinnt damit eine herausragende strategische Bedeutung für terroristische Gruppierungen, insbesondere auch für al-Qaida. Das Internet dient als Kommunikations- und Propagandaraum. Die Veröffentlichungen zielen auch darauf ab, den Jihad gegenüber einem möglichst breiten Publikum öffentlichkeitswirksam zu rechtfertigen und junge Islamisten zu radikalisieren.

Es werden u. a. Aufrufe verbreitet, sich zu schlagkräftigen Gruppen zu vereinen. Exemplarisch genannt sei hier die Arbeit der Global Islamic Media Front (GIMF) für die somalische al-Shabab. Immer wieder werden Spendenaufrufe für bestimmte Gruppierungen oder anlässlich bestimmter Ereignisse (oft islamische Feiertage) verzeichnet. Zudem werden die notwendigen Ausbildungshilfen, z. B. Handbücher zum Bombenbau, verbreitet. Die Kommunikation hinsichtlich Anschlagsplanungen etc. erfolgt in nicht-öffentlichen Bereichen über sog. „private messages“, teilweise auch verschlüsselt. Nicht zuletzt dient das Internet auch der Informationsversorgung der al-Qaida-Führerschaft.

Durch die globale Verfügbarkeit, die Möglichkeit zur Anonymität und die schwere Kontrollierbarkeit bzw. Zensurbarkeit der Inhalte seitens staatlicher Stellen ist das Internet der ideale Informations- und Kommunikationsraum für fundamental-islamische Zwecke.

Der logistische Aufwand und die Kosten für die Verbreitung der Produkte sind dabei vergleichsweise gering. Terrorgruppierungen wie al-Qaida nutzen dieses Medium sehr strukturiert, um im unübersichtlich wachsenden Internet nicht die Kontrolle über ihre Publikationen zu verlieren. So nimmt die Terrororganisation beispielsweise seit 2007 Erstveröffentlichungen grundsätzlich über bestimmte Foren-Kanäle vor, die Authentizität garantieren.

Die Medienproduktionsstätte der AQ-Führung ist as-Sahab („Die Wolken“). Es ist eine stetige Entwicklung

hinsichtlich Qualität und Quantität zu verzeichnen: Seit 2006 wurden fast dreimal mehr Videos publiziert als im Zeitraum 2001 bis 2005. Heute werden Botschaften, die mit dem Logo von as-Sahab versehen sind, in Jihadistenkreisen automatisch als „wichtig“ und „authentisch“ eingestuft.

Nach schweren Rückschlägen für die Online-Jihadisten wurde 2006 die virtuelle Kommunikations- und Schaltzentrale namens al-Fajr (benannt nach dem „islamischen Morgengebet“) gegründet. Dadurch wurden die jihadistischen Internetaktivitäten noch besser strukturiert und insgesamt professioneller. Diese zentrale Einrichtung erfüllt eine Vielzahl von Aufgaben:

- So bereitet sie beispielsweise die Botschaften der verschiedenen Terrorgruppen auf, authentifiziert sie und verteilt sie an die Internetforen.
- Neben der Steuerung und Verbreitung von Propagandamaterial über das Internet dient al-Fajr als verdecktes Kommunikations- und Logistikzentrum von al-Qaida mit erheblichem Steuerungspotenzial weltweit.
- Als verdecktes und gut abgesichertes Online-Netzwerk stellt al-Fajr einen sicheren virtuellen Treffpunkt dar, der nur ausgewählten Jihadisten bekannt ist.
- Ziel ist es, gegen Angriffe des Westens besser als in den Vorjahren geschützt zu sein und die Kommunikationsverbindungen bei Ausfall möglichst kurzfristig wieder herstellen zu können.

Die bereits angesprochene Forenlandschaft hat sich in 2008 stark verändert. Zu den vier wichtigsten islamistischen

Foren im Internet zählten bis 2008 al-Ekhlaas, al-Hesbah, al-Firdaws und al-Boraq. Nach Schließung der beiden großen Foren al-Ekhlaas und al-Hesbah wird das Forum al-Faloja von al-Fajr genutzt, um Propaganda zu verteilen. Es scheint, dass al-Faloja diese beiden Foren ersetzt hat.

Alle noch bestehenden Foren verzeichnen wachsende Mitgliederzahlen. Die reine Mitgliederzahl sagt jedoch wenig über die Bedeutung eines Forums aus, sondern eher etwas über die Hürden, die man überwinden muss, um Mitglied zu werden (z. B. sind Mehrfachmitgliedschaften unter verschiedenen Identitäten häufig).

In allen Foren wird die gesamte Bandbreite vom Aufruf zum Jihad, über Vorschläge für westliche Anschlagziele, bis hin zu Handbüchern zur Herstellung von improvisierten Sprengmitteln behandelt. Die Kommunikation zwischen den Usern erfolgt in allen Foren über die eingestellten Beiträge und die daraus entstehenden online-Diskussionsrunden. Es ist aber auch möglich, über sog. private messages im Hintergrund zu kommunizieren.

Mit den dargestellten Entwicklungen im Phänomenbereich „Internet-Jihad“ wird deutlich: Die kategorische Ablehnung der westlichen Lebensweise durch Jihadisten schließt nicht die innovative Nutzung westlicher Technologie zur Kampfführung aus. Nicht nur das: Für die Umsetzung der al-Qaida-Strategie – ideologisches Leitbild des internationalen Jihads zu sein – ist das Internet unabdingbare Voraussetzung.

Fazit

Lassen Sie mich abschließend herausstellen: Die in den zurückliegenden Jahren zu beobachtenden Trends der Entwicklung des internationalen islamistischen Terrorismus halten an:

- Der Trend zur Regionalisierung und Gründung von Regionalorganisationen mit dem Label „al-Qaida“ dürfte sich fortsetzen.
- Darüber hinaus ist die Absicht der al-Qaida-Führung erkennbar, eine globale islamistische Massenbewegung auszulösen. Ziel ist die weltweite Radikalisierung/Selbst-Rekrutierung von Muslimen.
- In diesen Entwicklungen spiegelt sich auch der Trend zur Dezentralisierung der internationalen Terrorstrukturen wider. Die Bedeutung von KernAQ als operativ-taktische Leitfigur ist gegenüber einer ideologisch-strategischen Führungsrolle zurückgewichen.

Über den Autor:

Heiner Wegesin, Jahrgang 1953, 1974 bis 1980 Studium der Rechtswissenschaft und Politischen Wissenschaften in Bonn, 1988 bis 1994 verschiedene Verwendungen im Bundesamt für Verfassungsschutz, danach bis 2000 Leiter des Referats Sicherheits- und Geheimschutz im Bundeskanzleramt, 2000 bis 2004 Leiter der Abteilung Verfassungsschutz im Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, seit 2006 Leiter der Abteilung Internationaler Terrorismus und Internationale Organisierte Kriminalität beim Bundesnachrichtendienst.